



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 15.04.2013

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Etzinger

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

TOP 1

Herr Stadtrat Heinkele

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Verwaltung:

Herr Achberger, Presse und Gremien

Frau Appel, Schriftführung

Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Frau Länge, Ordnungsamt

Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport

Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer

Herr Simon, Hauptamt

Tagesordnung

| TOP-Nr. | TOP | Drucksache Nr. |
|---------|---|----------------|
| 1. | Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik für den Bereich Biberach - mündlicher Vortrag | |
| 2. | Erfahrungsbericht des Kommunalen Ordnungsdienstes und des Präsenzdienstes | 59/2013 |
| 3. | Verschiedenes - Fällarbeiten Rißegg Halde | |

Die Mitglieder wurden am 08.04.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 10.04.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik für den Bereich Biberach - mündlicher Vortrag

Herr Becker von der Polizeidirektion stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die polizeiliche Kriminalstatistik vor. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt. Er verdeutlicht im Vortrag, dass die räumlichen Beziehungen und die Größe des Einzugsgebiets eine Rolle spielen. Größere Bedeutung hätten Diebstähle, gefolgt von Betrug und sonstigen Delikten. Bei diesen bildeten Sachbeschädigungen den Schwerpunkt, gefolgt von Beleidigungen und Hausfriedensbruch. Bei Roheitsdelikten und gewaltbezogenen Delikten nennt er als Beispiele Raub mit Körperverletzung oder Entführungen. Vergleiche man die Entwicklung von Diebstählen in den letzten 10 Jahren sei tendenziell ein leichter Rückgang feststellbar. Betrugsdelikte seien in etwa gleich geblieben, was auch am Bearbeitungsmodus liege, da meist Sammelverfahren durchgeführt würden. Bei Sachbeschädigungen sei ein leichter Anstieg zu verzeichnen, was unter Umständen mit der Polizeipräsenz und dem Anzeigenverhalten zu tun habe. Bei Roheitsdelikten spielten Körperverletzungen die größte Rolle mit deutlichem Anstieg. Als Tatort nennt er überwiegend den Marktplatz. Randbereiche spielten eine untergeordnete Rolle.

Zum Alkoholeinfluss bei den Tätern lässt er wissen, dass man über 40 Prozent alkoholisierte Tatverdächtige verzeichne. Der Zusammenhang zwischen Alkohol und Gewaltbereitschaft sei nachgewiesen. Um generell gegenzusteuern nutze man alle Möglichkeiten. Er nennt einige gute Beispiele im Kreis und geht auf die kommunale Kriminalprävention ein.

Die Entwicklung der Wohnungseinbrüche sei im Jahresvergleich erkennbar gestiegen. Die Täter seien dabei sehr unterschiedlich. Es gebe europaweit agierende Gruppen aber auch regional tätige Täter. Man ermittle auch überregional, was für den Ermittlungserfolg wichtig sei.

Bei der Verkehrsunfallbilanz sei ein Anstieg auch bei den Personenschäden seit Anfang 2012 feststellbar. Seit dem dritten Quartal 2012 gehe man hiergegen gezielt vor und sei gespannt auf die Auswirkungen. Den Schwerpunkt bildeten Kreuzungsunfälle und Verkehrsunfälle. Im Unfallgeschehen schlage sich der Pendlerverkehr nieder. Bezüglich Unfallschwerpunkten fänden Gespräche und Verhandlungen mit der Stadt beispielsweise zu technischen und baulichen Maßnahmen statt, mit denen Situationen entschärft werden könnten.

In der anschließenden ausführlichen Fragerunde verdeutlicht er, dass ältere Tatopfer eine untergeordnete Rolle spielten, auch wenn sich die Älteren oft am unsichersten fühlten. Hier versuche man durch Öffentlichkeitsarbeit gegenzusteuern. Junge Männer seien gefühlt auffälliger als junge Frauen, für sichere Erkenntnisse müssten aber Untersuchungen angestellt werden. Diese Auskunft gibt er auch für weitere Nachfragen zu Gründen und Zusammenhängen.

Zum Thema Alkoholprävention lässt er wissen, hier fänden verschiedene Aktionen im Landkreis statt. Er nennt Schulungen bei Vereinen und Kommunen und dass man diese Frage mit Veranstaltungen regelmäßig thematisiere. Auch an den Schulen fänden mit Polizeiunterstützung beispielsweise im Vorfeld des Schützenfests gezielt Maßnahmen statt. Hierzu zählten auch Gespräche mit Tankstellenbesitzern und Gastwirten. Die Polizeiresourcen seien jedoch begrenzt, man könne daher nur Schwerpunktaktionen durchführen.

Frau Länge fügt an, beim Thema Alkoholprävention arbeite man Hand in Hand, wenn also Probleme mit einem Veranstalter aufträten, komme die Polizei zu Gesprächen dazu. Gleiches gelte im Umkehrfall, wenn Jugendliche von der Polizei aufgegriffen würden. Dann erhielten die Eltern ei-

nen "blauen Brief" und man nehme Kontakt mit dem Jugendamt auf. Seit 2012 führe man in Kooperation mit Riedlingen und Laupheim Alkoholtestkäufe durch. Im Ergebnis sei festzustellen, dass Vorschriften zum Teil gar nicht eingehalten würden, weshalb weitere Kontrollen geplant seien.

Auf die Frage nach möglichen Auswirkungen durch die Verlegung der Polizeidirektion nach Ulm stellt Herr Becker die neue Polizeistruktur dar und stellt fest, dass diese auf Biberach keine Auswirkungen habe. Die Polizeidirektion bleibe in ihrer Struktur bestehen. Veränderungen ergäben sich nur in den Strukturen nach oben, aus aktueller Sicht jedoch nicht im operativen Bereich. Er gehe auch nicht davon aus, dass die Zunahme von Delikten auf dem Marktplatz darauf zurückzuführen sei, dass die Polizeidirektion nicht mehr in der Innenstadt angesiedelt sei. Schwerpunkt von Delikten seien schon 2011 die Innenstadt und das Umfeld der "Heilbar" gewesen. Eine höhere Polizeipräsenz könne sogar zunächst dazu führen, dass die Anzahl erfasster Delikte steige. Wann präventive Maßnahmen sich positiv auswirkten sei schwer zu beurteilen.

Platzverweise seien politisch stark in der Diskussion. In der Praxis müsse man jeden Einzelfall betrachten. Ein Platzverweis könne Vorteile haben und entschärfend wirken.

StR Abele meint, Platzverweise führten nur zu einer Verlagerung auf andere Plätze. Er sei frustriert über die 10prozentige Zunahme der Straftaten auf dem Hintergrund der Vorlage zum kommunalen Ordnungsdienst und dem Drei-Säulen-Modell, das offensichtlich nicht funktioniere. Er fragt, wie die Zusammenarbeit auch mit den Streetworkern verbessert werden könne. Ferner erkundigt er sich nach der Entwicklung der Drogenkriminalität und eventuellen Tendenzen oder Besonderheiten und ob bei den Straftaten eine Veränderung in deren Qualität erkennbar sei.

Herr Becker antwortet, bei der Drogenkriminalität sei keine Veränderung festzustellen. Alles könne beschafft werden, wenn man wisse wo, es bestehe aber keine offene Szene. Je mehr Ressourcen die Polizei in ein bestimmtes Gebiet investiere, desto mehr Straftaten decke man auf. Dies gelte generell. Drogenkonsum stelle ein gesamtgesellschaftliches Problem dar und nur ein Maßnahmenbündel und eine Vernetzung von Maßnahmen brächten Erfolg. Die 10prozentige Steigerung der Delikte sei nicht nur Jugendlichen zuzuschreiben.

Frau Länge macht darauf aufmerksam, dass auch der Tatzeitpunkt berücksichtigt werden müsse, da der kommunale Ordnungsdienst nur zwischen 16 und 24 Uhr beziehungsweise zwischen 17 und 1 Uhr unterwegs sei, Körperverletzungen aber oft zu einem späteren Zeitpunkt verübt würden.

Auf weitere Frage legt Herr Becker dar, als einen Schwerpunkt habe sich die Polizei seit einigen Jahren Wohnungseinbruchsdiebstähle gesetzt, die verstärkt im Herbst stattfänden. Dabei handle es sich um einen Dauerschwerpunkt. Andere neue Schwerpunkte würden immer nur temporär gesetzt.

Er verdeutlicht auf Frage, dass das Personal von Stuttgart zugewiesen werde und der Umfang von verschiedenen Indikatoren abhängig sei, wobei örtliche Vorhaben wie ein ergänzender Einsatz eines kommunalen Ordnungsdienstes keine Rolle spielten. Erst wenn sich Auswirkungen auf die Straftatsstatistik ergäben, könnten im Folgejahr Veränderungen erfolgen.

Dann geht er noch auf das Schützenfest 2012 ein, das überwiegend friedlich verlaufen sei, auch wenn man in einzelnen Bereichen eine Zunahme von Delikten festgestellt habe. Dabei handle es

sich jedoch um normale Schwankungen. Froh sei man, wenn die Ausprägung der Schwere der Delikte nicht gravierend sei. Positiv sei überdies die Unterstützung der Bereitschaftspolizei im Ordnungsschutzbereich. Probleme ergäben sich dann, wenn die Bereitschaftspolizei kurzfristig anderweitig gebunden sei. Nach drei Uhr stelle man fast keine Vorkommnisse mehr fest, weshalb er es als richtig bezeichnet, eine gewisse Sperrzeit zu haben, ehe die Bäckereien wieder öffneten. 20 von 31 Gewaltdelikten fänden zwischen 0 und 3 Uhr statt. Das Festzelt, die Consulengasse und den Abgang des Schwanenkellers nennt er als Schwerpunkte von Gewaltdelikten. 2012 sei aber alles überschaubar gewesen und auch die Rückmeldung der Gastronomen sei positiv gewesen. In der Wielandstraße habe es durch den "Biberkönig" auf dem Ring Staus gegeben. Gleiches gelte für das Festzelt, in dem die Sicherheitskräfte überfordert gewesen seien, als es aufgrund des Regens zu einem Stau im Ausgangsbereich gekommen sei.

Damit hat der Hauptausschuss von der polizeilichen Kriminalstatistik Biberach Kenntnis genommen.

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 59/2013 zur Information vor.

Frau Länge liefert in einem Powerpoint-Vortrag weitere Informationen. Er ist dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt. Ergänzend teilt sie mit, am Freitag und Samstag seien die Kontakte des Kommunalen Ordnungsdienstes und des Präsenzdienstes am größten. Die Einsatzzeiten würden in Absprache mit der Polizei festgelegt. Die Präventionsarbeit funktioniere u. a. im Wielandpark. Dort würden Personen beispielsweise aufgefordert, ihren Müll aufzuräumen. Neu sei die Durchführung von Baustellenkontrollen. Würden Beanstandungen festgestellt, sei im Nachgang auch eine Kontrolle erforderlich, ob die Beanstandung behoben worden sei oder es erfolge eine Baustellenabsicherung durch das Baubetriebsamt, wenn mit der Bauleitung ein Fall nicht geklärt werden könne.

Sie weist darauf hin, dass die in ihrem Vortrag angezeigten Ordnungswidrigkeiten nur den Teil darstellten, der vom Kommunalen Ordnungsdienst aufgenommen worden sei. Weitere Beanstandungen würden durch Sachbearbeiter angezeigt. Beim ruhenden Verkehr handle es sich nur um 10 Prozent der Verstöße insgesamt. Hier verzeichne man 31 000 Fälle.

StR Abele bittet die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Präsenzdienst und Streetworker näher darzulegen. Es hätten 11 000 Kontakte stattgefunden, die irgendwie weiterverfolgt werden müssten. Beispielsweise hätten sich hieraus 73 Ordnungswidrigkeiten abgeleitet, was sehr gering sei, weshalb die Vernetzung der einzelnen Dienste interessiere. Auffällig auf den ersten Blick sei, dass 3 100 Parkverstöße festgestellt worden seien. Hier stelle sich die Frage des Schwerpunktes, denn man habe die zwei 50-Prozent-Stellen eingerichtet, um das Sicherheitsbedürfnis der Bürger zu steigern. Angesichts der Ordnungswidrigkeiten könnte man den Schluss ziehen, dass überwiegend Parkverstöße geahndet würden. Klar sei, dass manche Verstöße, wie das Zuparken eine Feuerwehrezufahrt oder wenn wie dargestellt so geparkt werde, dass der Verkehr zum Erliegen komme, eingeschritten werde müsse. Insgesamt meine die CDU-Fraktion, man sei auf dem richtigen Weg und habe sicher Straftaten verhindert, wofür dem Präsenzdienst Dank gebühre. Eventuell müsse man nachjustieren, wie eine Effizienzsteigerung zu erreichen sei.

Frau Länge lässt wissen, der Präsenzdienst treffe sich täglich vor Dienstbeginn mit dem Vollzugsdienst. Dann werde die Route abgesprochen. Der Präsenzdienst habe eigene Runden mit vereinbarten Schwerpunkten. Ferner fänden regelmäßig Besprechungen mit den Streetworkern statt. Schwerpunkte würden zwei- bis dreimal jährlich besprochen. Es sei nicht Aufgabe des Kommunalen Ordnungsdienstes möglichst viele Ordnungswidrigkeiten zu erzeugen, sondern der Schwerpunkt werde auf die Präsenz und Aufklärung gelegt und nur wenn es nicht anders gehe, spreche man Verwarnungen oder Bußgelder aus.

Auch StR Lemli meint, man sei beim Thema auf einem guten Weg und nach Meinung der SPD-Fraktion habe sich das Drei-Säulen-Modell bewährt. Präsenzdienst und Kommunalen Ordnungsdienst seien präsent und würden wahrgenommen. Dies erziele Wirkung, wie er in Gesprächen mit Bürgern erfahren habe. Auch die Einsatzzeiten seien in Ordnung. Er warnt vor einer weiteren Ausdehnung in die Nacht, da dann das Publikum schwieriger werde. Gefallen äußert er an der Dokumentation, die sehr genau sei, was er nicht erwartet habe. Auffallend sei die hohe Zahl an Betrunkenen, weshalb eruiert werden sollte, ob es sich auch um Personen handle, die nur eine

Bierflasche in der Hand gehabt hätten, denn wenn von 8 000 kontrollierten Personen 5 000 betrunken gewesen wären, wäre dies nicht in Ordnung. Auch die nächtliche Kontrolle des ruhenden Verkehrs sei zum Beispiel bezüglich Behindertenparkplätzen in Ordnung und wenn dort eingeschritten werde, wo dies erforderlich sei.

Er bringt vor, der Ordnungsdienst sei viel mit einem PKW unterwegs und wirft die Frage auf, ob nicht ein auffälligeres Fahrzeug gewählt werden könnte, da die Mitarbeiter sich seines Erachtens offen zeigen sollten. Er erkundigt sich nach der Erfahrung anderer Städte.

Er gibt zu bedenken, man habe den Ordnungsdienst nicht hauptsächlich eingeführt, um Straftaten zu reduzieren. Die polizeiliche Kriminalstatistik werde von sehr vielen Faktoren beeinflusst, weshalb man die Zahlen nicht auf den Kommunalen Ordnungsdienst herunterbrechen könne. Gute polizeiliche Ermittlungsarbeit, die auch von Einsatzzeiten abhängig sei, wirke sich auf die Statistik aus. Wenn also beispielsweise ein Mitarbeiter krank sei, könne dies zu weniger notierten Einbruchsdelikten führen.

Frau Länge stellt klar, bei der Zahl der Alkoholisierten habe es sich nicht nur um schwer Betrunkene gehandelt. Das Einsatzfahrzeug des Ordnungsdienstes sei defekt und aktuell ein Ersatzfahrzeug im Einsatz. Im nächsten Haushaltsplan werde man ein adäquates Ersatzfahrzeug anmelden.

StRin Goeth meint ebenfalls, das Drei-Säulen-Modell habe sich bewährt. Die Streetworker hätten mittlerweile einen guten Zugang zu verhaltensauffälligen Jugendlichen. Sie bezeichnet es als wichtig, dass die Bevölkerung sich auch nachts auf die Straßen traue. Auch den Freien Wählern seien die vielen Tatbestände beim ruhenden Verkehr aufgefallen. Sie bezeichnet es noch als wichtig, dass Fußwege auch mit Gehhilfen begehbar sein müssten und äußert die Bitte um Augenmaß was die Androhung von Ordnungswidrigkeiten betreffe. Bezüglich des ruhenden Verkehrs mute die Zahl hoch an und manchmal vermute man auch Schikane. Aufgrund des positiven Berichts sehe man aktuell keine Notwendigkeit das Projekt "Nachtwanderer" anzugehen. Wenn der Kommunale Ordnungsdienst sich nicht zutraue, zu später Nachtstunde im Einsatz zu sein, wie sollten dann Ehrenamtliche mit möglichen Konfliktsituationen zurecht kommen.

Frau Länge stellt klar, sie habe die Order ausgegeben, nur schwere Verstöße beim ruhenden Verkehr im Abenddienst zu kontrollieren. Man versuche auch Kontrollen am Abend in Wohngebieten zu vermeiden, zum Teil werde aber von Anwohnern Druck ausgeübt, wobei man auch in derartigen Fällen zunächst versuche andere Lösungen zu finden.

Herr Becker unterstreicht die Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Ordnungsdienst beispielsweise bei der Kontrolle von Spielhallen.

StR Dr. Schmid zeigt sich erfreut über die Akzeptanz, bezeichnet das Drei-Säulen-Modell als Erfolgsmodell und beglückwünscht hierzu.

Sicherheit im Stadtgebiet sei ein wichtiges Thema, meint StR Funk. Bei der Rede von Alkoholisierten bittet er künftig die Promillezahl anzugeben. Die FDP sage Ja zum aktuellen Modell, bitte aber auch zu schauen, wie andere Städte voringen. Er habe selbst erlebt, dass sich der Vollzugsdienst nachts in einem Teilort mit zwei PKW beschäftigt habe, was nicht unbedingt nötig gewesen sei. Er fragt, ob man ab 22 Uhr jeden zweiten Behindertenparkplatz freigeben könnte. Ferner moniert er, dass er noch nie jemanden im Stadtgarten auf Kontrollgang gesehen habe, obwohl dort oft Jugendliche mit Wodka anzutreffen seien.

StR Aßfalg hält einen Ordnungsdienst mit Augenmaß für erforderlich. Er schildert einen Fall, bei dem ein PKW abends in Stafflangen auf dem Gehweg geparkt habe, um Pizza abzuholen. Obwohl noch eineinhalb Meter Platz für Fußgänger zur Verfügung gestanden hätten, sei diesem PKW-Fahrer ein Bußgeld von 20 Euro auferlegt worden. Gleichzeitig würden viele andere Dinge nicht geahndet.

StR Späh spricht sich dagegen aus, Behindertenparkplätze ab 22 Uhr für die Allgemeinheit zum Parken freizugeben.

Damit hat der Hauptausschuss vom Erfahrungsbericht des Kommunalen Ordnungsdienstes und des Präsenzdienstes Kenntnis genommen.

TOP 3 Verschiedenes - Fällarbeiten Rißegg Halde

StR Abele spricht umfangreiche Abholzungen im Gebiet Rißegg-Halde an und bittet in der folgenden Sitzung hierüber zu berichten.

Hauptausschuss, 15.04.2013, öffentlich

Zur Beurkundung:

| | | |
|------------------|-------|-------------|
| Vorsitzender: | | OB Zeidler |
| Stadträtin: | | Goeth |
| Stadträtin: | | Kübler |
| Schriftführerin: | | Appel |
| Gesehen: | | BM Kuhlmann |